

Streik gegen Erpressung

Betriebsrat des VW-Werks im baskischen Pamplona lehnt Konzernvorschlag aus Wolfsburg ab. Studienplan für Arbeitsniederlegungen beschlossen. Von Stefan Natke

Über Arbeitskampfmaßnahmen beriet am Montag der Betriebsrat des VW Werks in der baskischen Stadt Iruña (spanisch: Pamplona) in der Provinz Navarra/Nordspanien. Das Ergebnis: Die Zeichen stehen auf Streik. Bereits am vergangenen Donnerstag hatten sich die örtlichen Gewerkschaftsvertreter geweigert, eine von der Wolfsburger Konzernleitung vorgelegte Betriebsvereinbarung zu unterzeichnen. In dieser sollten bisherige tarifliche Errungenschaften eingeschränkt werden. Dafür sollte ein Ausbau der Produktion um 10 000 VW-Polo pro Jahr seitens der Konzernleitung zugesichert werden. Nach der Weigerung dann drohte die VW-Zentrale mit einer Einschränkung der Produktion.

Die Erpressungspolitik des Konzerns könne letztlich nur funktionieren, so Äußerungen aus dem Betriebsrat, wenn VW-Betriebe an anderen Standorten die Produktionseinschränkung in dem baskischen Betrieb auffangen würden - ein Weg, der angesichts der Verfaßtheit mancher betrieblichen oder gewerkschaftlichen Interessenvertretung nicht unbedingt auszuschließen ist. Und auch am Standort Iruña selbst vertreten im Betriebsrat Teile die Position, daß es besser wäre, auf die Verzichtsforderungen der Zentrale einzugehen und auf diesem Wege den Standort zu sichern: Besonders die der sozialistischen Partei nahestehende Betriebsräte der Gewerkschaft UGT sowie der ehemals kommunistischen Arbeiterkommission CCOO vertreten diese Meinung. Die baskische Gewerkschaft LAB dagegen, die sich der sozialistischen Unabhängigkeitsbewegung zugehörig fühlt, tritt nicht nur für eine Ablehnung des Konzernvorschlages ein, sondern entwickelte einen eigenen Vorschlag, der auch von der anarchistischen Gewerkschaft CGT unterstützt wird.

Benito Uterga, Sprecher der LAB-Betriebsräte im Werk Iruña, sagte gegenüber <IO>jW<I>: "Wir dürfen uns nicht auf die von den Globalisierungspolitikern hereingetragene Standortdiskussion einlassen, sonst haben wir jetzt schon verloren. Wir müssen den Kampf um unsere Lohnforderungen und Arbeitsbedingungen aus prinzipiellen Gründen führen und nicht konjunkturabhängig.« Die Position der Standortverteidigung durch Verzicht führe lediglich dazu, daß man die Kollegen in anderen VW-Werken im Regen stehen läßt: »Das ist zutiefst unsolidarisch und verschiebt die eigene Vernichtung nur auf einen späteren Zeitpunkt.« Nunmehr schlage LAB einen Arbeitskampf zur Erhaltung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen vor. Mit Reallohnkürzungen und Flexibilisierung müsse Schluß sein. Über den Vorschlag solle die Belegschaft abstimmen.

Eine derartige Abstimmung gab es schon einmal. Sie fiel knapp aus. Anfang Januar 2006 lag die UGT-CCOO-Fraktion bei etwa 4000 Stimmberechtigten lediglich 70 Stimmen vor LAB und CGT. Benito Uterga: "Fast die Hälfte der Belegschaft befand unseren kampforientierten Vorschlag für den besseren und hätte die Folgen ausgefochten.« Das Ergebnis vom Januar führte dazu, daß der Konzernvorschlag nicht unterzeichnet wurde und die Chefs aus Wolfsburg aggressiv reagierten.

Die Wolfsburger Reaktion mag den Betriebsratsbeschuß von Montag befördert haben: Der Konzernvorschlag wird abgelehnt. Die Belegschaft wird mobilisiert. In der ersten Woche sollen 24 Stunden gestreikt werden, in der zweiten 48 Stunden - und wenn alles nichts hilft, danach unbegrenzt.